

Pressemitteilung

Sechs Jahre nach Heimschließungen:

Heimstiftung zieht Lehren und fordert politische Kursanpassung

Stuttgart, 13.03.2026 – Heute vor sechs Jahren wurden Pflegeheime deutschlandweit für Besucher geschlossen: eine beispiellose Belastungsprobe für Pflegende und Pflegebedürftige gleichermaßen. Es war eine von vielen schwierigen Entscheidungen während der Pandemie, im Spannungsfeld zwischen Schutz und Teilhabe für Pflegebedürftige. Die Heimstiftung hat das eigene Krisenmanagement in der Pandemie umfassend evaluiert – und richtet nun konkrete Forderungen an die Politik.

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Corona-Pandemie“ soll der Bundesregierung bis zum Sommer 2027 konkrete Empfehlungen für den Umgang mit künftigen Gesundheitskrisen vorlegen. Die Heimstiftung begrüßt diesen Prozess ausdrücklich und bringt sich aktiv ein: „Die Erfahrungen von Pflegeunternehmen müssen aus erster Hand in die politische Arbeit einfließen und dürfen nicht aus dem Blick geraten“, betont CEO Elke Eckardt.

Parallel zur laufenden Kommissionsarbeit hat das Unternehmen deshalb ihr eigenes Krisenmanagement mit Blick auf künftige Krisen evaluiert. Im Zentrum stand auch die Frage, wie Schutz, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe in Krisenzeiten stärker ausbalanciert werden können. Fazit: Krisen verlangen ein ständiges Abwägen, Lerneffekte und Zielkonflikte begleiten das gesamte Management. Wirklicher Schutz braucht künftig noch stärker den Blick auf Lebensqualität, nicht nur auf Risiken.

Sechs Forderungen für eine bessere Krisenbewältigung

Zudem zeigt die Evaluation: Nicht alles liegt in der Hand von Trägern und Einrichtungen – es braucht auch verlässliche gesetzliche Regelungen. Die Politik steht in der Pflicht, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Deshalb fordert die Heimstiftung, zentrale Weichen für eine bessere Krisenbewältigung zu stellen und benennt sechs Punkte, die auf den Prüfstand gehören:

1. Erfahrungen der Träger systematisch einbeziehen

Einrichtungen setzen in Pandemiezeiten politische Vorgaben unter hohem Druck um. Dabei wird deutlich, welche Maßnahmen tragfähig sind und welche unbeabsichtigten Folgen entstehen. Die Enquete-Kommission muss diese Erfahrung einbinden: durch systematische Beteiligung von Pflegeunternehmen. So entstehen Lösungen, die sich in der Praxis bewähren.

2. Träger an der Auswahl von Schutzmaßnahmen beteiligen

Pauschale Schutzmaßnahmen verfehlen oft die Lebensrealität der Betroffenen und führen zu Isolation und psychischer Belastung. Entscheidend ist, Schutz, Teilhabe und Lebensqualität gegeneinander abzuwägen. Damit künftige Maßnahmen verhältnismäßig bleiben, müssen Träger frühzeitig einbezogen werden.

3. Verantwortung und Freiräume vor Ort ermöglichen

Zentrale Vorgaben bieten zwar Orientierung, stoßen in der Praxis aber an Grenzen, etwa wenn die Maßnahmen nicht zu örtlichen Bedingungen oder den Bedürfnissen der Kunden passen. Deshalb braucht es gesetzliche Rahmen, die Trägern mehr Verantwortung übertragen und Handlungssicherheit geben – etwa bei Besuchsregelungen oder Teststrategien.

4. Menschen nicht auf Verletzlichkeit reduzieren

In der Pandemie wurden Pflegebedürftige pauschal als schutzbedürftig betrachtet, ohne Blick auf den individuellen Gesundheitszustand. Das fördert Altersdiskriminierung und schränkt Selbstbestimmung ein. Künftige Strategien sollten ein differenziertes Altersbild fördern, persönliche Ressourcen berücksichtigen und Maßnahmen regelmäßig an der Realität der Betroffenen ausrichten. Zudem sollten flächendeckende Angebote zur gesundheitlichen Versorgungsplanung politisch forciert werden.

5. Fürsprache für pflegebedürftige Menschen stärken

Pflege- und betreuungsbedürftige Menschen leiden in Pandemiezeiten besonders unter einschränkenden Maßnahmen. Für verhältnismäßige Schutzkonzepte braucht es die systematische Beteiligung der Betroffenen.

6. Ethik, Palliativversorgung und Akademisierung fördern

Die Pandemie verdeutlicht, wie groß die ethischen Herausforderungen sind. Um in Dilemma-Situationen verantwortungsvoll zu handeln, braucht es flächendeckende, professionelle Ethikberatung. Ebenso entscheidend sind Palliativversorgung und wissenschaftliche Expertise. Die Politik muss den Einsatz akademisch qualifizierter Pflegefachpersonen und den Ausbau von Handlungsspielräumen vorantreiben.

Heimstiftung bietet aktive Beteiligung an

„Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass pflegebedürftige Menschen in der nächsten Krise nicht erneut zum Spielball von Verordnungen werden, sondern Mitsprache, Schutz und Lebensfreude gleichermaßen erfahren. Die Pflege braucht den Mut zu Ausgewogenheit und Menschlichkeit – und die passenden politischen Weichenstellungen,“ sagt Elke Eckardt, CEO der Evangelischen Heimstiftung. Deshalb steht das Unternehmen der Enquete-Kommission und den politischen Entscheidungsträgern jederzeit als kompetenter Gesprächspartner zur Verfügung und bringt ihre Praxiserfahrungen gerne aktiv in die weitere Aufarbeitung ein.

Wir sind die Evangelische Heimstiftung – das größte diakonische Pflegeunternehmen in Baden-Württemberg. Als Arbeitgeberin sind wir stolz auf 11.350 Mitarbeitende, 1.020 Auszubildende und 150 FSJler, die 15.955 Menschen in 170 Einrichtungen betreuen. Als Dienstleisterin bieten wir Menschen gute Pflege in 11 Residenzen, 93 Pflegeheimen, 35 Mobilen Diensten, 28 Tagespflegen, 64 Betreuten Wohnanlagen sowie in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe, einem Bildungszentrum und einer Rehaklinik. Unseren Mitarbeitenden garantieren wir den bundesweit höchsten Personalschlüssel, faire Bezahlung nach Diakonietarif, berufliche Sicherheit und Perspektiven. Mit unserer Tochtergesellschaft ABG verfügen wir über einen bundesweiten Einkaufsverbund mit 8.000 Mitgliedern. Unsere Tochter HDG übernimmt als gemeinnütziges Serviceunternehmen mit 800 Mitarbeitenden hauswirtschaftliche Dienstleistungen. Gegründet wurden wir 1952 und sind Mitglied im Diakonischen Werk.

Dr. Alexandra Heizereder | Pressesprecherin | 0711 63676-125 | alexandra.heizereder@ev-heimstiftung.de